

*Hans Jochen Vogel*

### Von »Wende« zu »Wende«

#### Helmut Kohls Erinnerungen 1982–1990 aus der Sicht seines politischen Gegenspielers

Helmut Kohl hat schon zu Lebzeiten seinen Platz in der Geschichte unseres Landes. Er gebührt ihm für seine Mitwirkung am Zustandekommen der deutschen Einheit. Und für sein Engagement für den Fortgang der europäischen Einigung. Beides konstatiere ich als einer, der ihm in den Jahren 1983 bis 1991 als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion immer wieder kritisch gegenüber stand und ihm oft genug Fehlentscheidungen, Irrtümer und Widersprüche vorzuhalten hatte. Aber das ändert nichts daran, dass er in den beiden genannten Zusammenhängen bleibende Anerkennung verdient. Die gebührt ihm übrigens – um ein konkretes Beispiel zu nennen – in besonderem Maße auch für die Rede, die er am 19. Dezember 1989 vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden gehalten hat. War sie doch in einer überaus schwierigen Situation wegen ihrer Sensibilität und ihrer Besonnenheit ein wichtiger Beitrag zum friedlichen Ablauf des damaligen Geschehens. Ähnliches gilt für die 10-Punkte-Erklärung in der Sitzung des Deutschen Bundestags vom 28. November 1989, in der er von der Schaffung konföderativer Strukturen zwischen der Bundesrepublik und der DDR mit dem Ziel einer Föderation sprach. Die Erwähnung der Tatsache, dass ich in derselben Sitzung für die SPD-Bundestagsfraktion in einem 5-Punkte-Programm im Ergebnis bereits dasselbe erklärt hatte, hätte übrigens die Bedeutung seines Schrittes nicht gemindert.

Auf diesem Hintergrund hätte man Erinnerungen erwarten können, die das politische Geschehen in jenen Jahren mit einer gewissen Distanz reflektieren, nicht alle Schlachten ein weiteres Mal schlagen, anderen Akteuren mit Fairness begegnen und vielleicht sogar einen Hauch von Selbstironie erkennen lassen.<sup>1</sup> Auch zusätzliche Informationen über bislang unbekannt Details hätte man sich erhoffen können. Leider werden solche Erwartungen weitgehend enttäuscht.

Gewiss: Man erfährt einiges über den Inhalt von Vier-Augen-Gesprächen oder über Äußerungen, die bei internationalen Begegnungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefallen sind. Die Ablehnung der deutschen Einheit durch Frau Thatcher und auch die Widersprüchlichkeit, mit der Mitterrand in den Monaten nach dem Mauerfall zunächst agierte, werden so fassbarer. Aber zu oft stößt man in dem Buch auf Zitate und Auszüge aus Kohls eigenen Reden. Und auch die Stimmergebnisse, mit denen er jeweils auf den Parteitag wieder zum Vorsitzenden der Union gewählt worden ist, nehmen viel Platz ein. Das lässt erkennen, was ihm auch heute noch wichtig erscheint. Neuigkeitswert können diese Wiederholungen indes nicht beanspruchen.

Ansonsten folgen die Erinnerungen einem einfachen Grundgedanken. Der lautet: Alles Gute in den Jahren 1982 bis 1990 ist von ihm bewirkt worden. Seine Gegner haben sich, auch rückblickend betrachtet, nicht nur konstant geirrt, sondern aus bösem Willen zum Nachteil des Gemeinwesens gehandelt, zumindest aber getrickst und die Menschen getäuscht und ihm gegenüber immer wieder die Regeln des politischen Anstands verletzt.

So erscheint die deutsche Einheit bei Kohl primär als eine Folge der westlichen Raketenstationierung Mitte der achtziger Jahre, die ohne die von ihm herbeigeführte Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Stationierung nicht möglich gewesen wäre. Zwar

---

1 *Helmut Kohl*, Erinnerungen 1982-1990, Droemer Verlag, München 2005, 1088 S., geb., 29,90 €.

gibt er zu, dass er zu diesem Zeitpunkt und noch in den ersten Monaten des Jahres 1989 das, was dann geschah, ebenso wenig vorausgesehen habe wie nahezu alle politisch Verantwortlichen in und außerhalb der Bundesrepublik. Aber davon, dass die Brandt'sche Ostpolitik und insbesondere der dadurch ausgelöste Helsinki-Prozess wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklungen waren, die dann eingetreten sind, ist keine Rede. Und davon, dass die Union mit seiner Unterstützung einen Beschluss des Bundestags herbeiführen wollte, der Helmut Schmidt die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki verboten hätte, auch nicht. Das ist um so erstaunlicher, als er mehrfach die Bedeutung des Helsinki-Prozesses hervorhebt und seine Regierung ja de facto die Ost- und Deutschland-Politik der sozial-liberalen Koalition fortgesetzt und mit den Milliardenkrediten an die DDR und der Art und Weise, wie der Staatsbesuch Honeckers im September 1987 in Bonn vor sich ging, eher noch akzentuiert hat. Man braucht sich nur vorzustellen, wie sich die Union geäußert hätte, wenn beides unter sozialdemokratischer Verantwortung geschehen wäre.

Überhaupt lässt Kohl an der Sozialdemokratie kaum ein gutes Haar. Sie habe ihm 1982 eine schwere Erblast hinterlassen, sei in der Folge ohne Konzept gewesen, habe sich von den Grünen ins Schlepptau nehmen lassen; bei der sowjetischen Führung und den Spitzen der DDR habe sie sich in »kumpelhafter Weise« angebidert und in Gestalt des von ihrer Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED erarbeiteten Textes »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« ein »unsägliches Machwerk« vorgelegt – schreibt er auch 20 Jahre danach unter anderem. Auch habe sie die gemeinsame Staatsangehörigkeit aller Deutschen aufgeben wollen. Das ist ziemlich starker Tobak.

In Wahrheit war die Verschuldung des Bundes 1990 annähernd doppelt so hoch wie 1982 und die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum keineswegs gesunken. Gegenüber den Grünen betrieb die Sozialdemokratie eine Politik der Vernunft, die diese schließlich dazu brachte, konkrete Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Zahl der Unionsbesucher und ihrer Kontakte in Ost-Berlin und auf der Leipziger Messe waren keinesfalls geringer als die der sozialdemokratischen Besucher. Und niemand aus der sozialdemokratischen Führungsebene erreicht jemals den Grad an inniger Vertrautheit, wie ihn Franz-Josef Strauß bei mindestens 23 Treffen – zum Teil in seiner Privatwohnung – mit Herrn Schalck-Golodkowski praktizierte. Wer will, kann das sogar in den Straußschen Erinnerungen im Detail nachlesen.

Das sogenannte »Machwerk« schließlich enthielt nicht weniger als die Preisgabe ihres absoluten Wahrheitsanspruches durch die SED und wurde schon deshalb von vielen Bürgerrechtlern als Argumentationshilfe in der Auseinandersetzung mit der SED verwendet. Zur Staatsangehörigkeitsfrage habe ich Honecker wiederholt klar gemacht, dass sie im Grundgesetz geregelt sei. Wir könnten die Staatsangehörigkeit der DDR deshalb nur in dem Sinne respektieren, dass keinem DDR-Bürger unsere Staatsangehörigkeit aufgenötigt würde. Jeder könne sich aber jederzeit auf sie berufen. Den Terminus »respektieren« benutzte Herr Schäuble übrigens gegenüber der DDR-Führung 1986 in ganz ähnlicher Weise.

Es ist schwer zu verstehen, warum diese längst widerlegten Vorwürfe hier noch einmal aufgewärmt werden. Statt dessen wäre wohl ein Hinweis auf und eine Erklärung für die Tatsache am Platze gewesen, dass zwar die SPD-Bundestagsfraktion einmütig für den Einigungsvertrag votierte, 13 Mitglieder der Unionsfraktion ihn jedoch ablehnten.

Die Linie, er habe in aller Regel Recht gehabt, verfolgt er auch bei der Beurteilung seiner eigenen Parteifreunde. Bei denen, die ihm widersprachen oder sich ihm gar widersetzen, sogar mit einer Schärfe, die auch nicht einen Hauch von Altersmilde spüren lässt. Bei Heiner Geißler und Franz-Josef Strauß kann man das noch einigermaßen begreifen. Immerhin war der eine der auf seinen Vorschlag gewählte Generalsekretär, der ihn dennoch

1989 zumindest als Parteivorsitzenden abgelöst wissen wollte. Und der andere ein Konkurrent, der sich stets für den besseren und effektiveren Politiker gehalten und daraus nie ein Hehl gemacht hat. Wie er ihn dennoch mehr und mehr auf Bayern beschränkte und von wirklicher Einflussnahme auf die Bundespolitik fernhielt, wird bis heute zu Recht als eine taktische Meisterleistung Kohls angesehen.

Weniger verständlich sind die Auslassungen über Norbert Blüm, Lothar Späth, Rita Süßmuth und Rainer Barzel. Sie sind in einer Weise verletzend und herabsetzend, die auch durch einzelne positive Bemerkungen nicht ausgeglichen werden. Für manche stellt sich schon hier die Frage der politischen Kultur. Sie stellt sich erst recht hinsichtlich dessen, was Kohl über Richard von Weizsäcker schreibt. Das läuft geradezu auf den Versuch hinaus, einen Mann als charakterlosen Opportunisten erscheinen zu lassen, der zu Recht auf Grund seiner Amtsführung als Bundespräsident in unserem Land höchstes Ansehen genießt. Und das insbesondere auf Grund von Eigenschaften und Fähigkeiten, die Kohl nur in geringerem Maße zu Gebote standen.

Noch einem anderen macht er den Vorwurf der Charakterlosigkeit, nämlich Johannes Rau. Das ist – milde ausgedrückt – eine Entgleisung besonderer Art. Zu Recht ist von allen Seiten aus Anlass seines Todes gerade die Charakterfestigkeit dieses Mannes hervorgehoben worden. Ich selber komme, verglichen mit solchen Ausfällen, noch einigermaßen glimpflich davon. Denn nach einigen positiven Bemerkungen werde ich – nur – als Opportunist beschrieben, der immer dort anzutreffen sei, »wo sich Mehrheiten versammelten«. Das klingt einigermaßen erstaunlich aus dem Mund eines Mannes, der selbst wahrlich immer Mehrheiten im Auge hatte.

Insgesamt bietet das Buch ein getreues Abbild der Stärken und der Schwächen Helmut Kohls. Unter diesem Gesichtswinkel lohnt sich die Lektüre der 1.133 Seiten.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Noch ein kleiner Hinweis des »Oberlehrers«: Der im März 1983 zum Vizepräsidenten des Bundestags gewählte FDP-Politiker hieß nicht Wurps, sondern Wurbs.

